

Evangelische Verantwortung

Zur Evangelischen Akademie zu Berlin

Prof. Robert Leicht

Muss man noch erklären, was eine Evangelische Akademie ist? Von Tutzing bis Loccum, von Bad Boll bis Arnoldshain, von Meissen bis Mülheim – die Evangelischen Akademien haben in der Nachkriegsgeschichte selber Geschichte gemacht: Ideen, Institutionen, Instanzen protestantisch durchdachter Weltverantwortung. Und nun die Evangelische Akademie zu Berlin – was soll daran Besonderes sein? Was soll da erfunden und erdacht werden, was nicht an anderen Akademien auch schon geleistet wird und geleistet wurde?

Ich möchte den Auftrag und Anspruch der Evangelischen Akademie zu Berlin als ein Paradox beschreiben: Dasselbe – und doch etwas ganz anderes. Und dies gilt unter verschiedenen Aspekten zugleich. Vor allem unter dem Aspekt, dass die Berliner Akademie nicht in einen Verdrängungswettbewerb mit den schon traditionsreichen und bewährten Akademien eintritt. Aber ein wenig Erweiterungswettbewerb dürfte vielleicht schon sein, zum Nutzen aller.

Die Akademie „kommt“ zur Politik

Erstens: Evangelische Akademien sind in der Regel Einrichtungen der jeweils zuständigen Landeskirchen. Die Evangelische Akademie zu Berlin wird zu



gleichen Teilen getragen von der EKD wie von der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg. Sie ist also zum einen zwar Akademie für „ihre“ Landeskirche; das Projekt geht aber zum anderen nur wirklich auf, wenn die **Akademie auch Akademie für die gesamte EKD** ist – von Füßen bis Flensburg, von Aachen bis Görlitz. Und wenn sie den Protestantismus mit seinem politisch verantwortlichen Denken aus allen Teilen des Landes in Berlin zum Vorschein bringt.

Zweitens: Es hat in Berlin und Brandenburg, im Osten wie im Westen der lange geteilten Landeskirche schon zuvor Akademien gegeben. Sie wurden nach der Wiedervereinigung nicht ohne

Schwierigkeiten, die in der Natur der Sache und der Geschichte lagen, zusammengeführt. Die Neugründung der Evangelischen Akademie zu Berlin erfolgte also keineswegs auf einem weißen Flecken der Akademie-Landschaft. Und ihr Direktor Dr. Rolf Harnusch bringt seine Erfahrungen aus der Arbeit in der vormaligen Evangelischen Akademie in Berlin-Brandenburg mit.

Aber indem die Evangelische Akademie zu Berlin diese Tradition aufnimmt, muss sie dieselbe doch zugleich gründlich transformieren: Dasselbe – und doch etwas anderes. Warum? Weil sich die **Rolle von Berlin** gründlich geändert hat, weil sich die Rolle Deutschlands geändert hat. Und deshalb gibt es nun eine Evangelische Akademie des gesamten, des vereinigten Protestantismus in der Hauptstadt des vereinigten Deutschland.

Drittens: Die Mehrzahl der Evangelischen Akademien liegt im Abstand zu den Zentren ihrer Landeskirchen – und zu den Hauptstädten ihres Bundeslandes. Die Politik kam und kommt, wenn sie will, zur Akademie. Die Evangelische

Themen:

Katholische Akademie	2
Energiewirtschaft	5
Konfirmation	6
Diakonie	9
Ehrenamt	12

Akademie zu Berlin liegt im Zentrum der deutschen Hauptstadt, und zwar in einer irgendwann einmal ausgeprägten europäischen Metropole. Die Akademie kommt zur Politik. Und manch einer, der bisher die Akademiearbeit begleitet hat, möchte wohl seufzen: „...wie die Jungfrau zum Kind.“ Diese Verringerung des Abstandes und vielleicht auch der Richtung der Begegnung trägt zugleich folgendem Umstand Rechnung: Es ist inzwischen keine pure Selbstverständlichkeit mehr, dass die **Stimme des Protestantismus in der Politik** gehört wird, zumal wenn sie nur außerhalb der Hauptstadt erhoben wird.

Große Konkurrenz der Veranstaltungen

Es versteht sich freilich von selbst, dass ein solches weites Projekt jederzeit bedroht ist von einer Überforderung und Überspannung der Kräfte, der personellen, der finanziellen und der geistigen. Das Projekt braucht Geduld und einen außerordentlich langen Atem. Mit schnellen Sprüngen ist nicht zu rechnen, zumal nicht in Berlin mit seinem ungeheuren Reichtum an Anbietern, seiner Pluralität von Perspektiven und seinem Wettbewerb an Veranstaltungen. Wer dort einen Vortrag halten will, hat selber drei Einladungen zu **konkurrierenden Veranstaltungen** zum selben Termin in der Tasche. Auch von kirchlichen Veranstaltern.

Ein Zwischenbericht nach einem knappen Jahr kann also nur allererste Eindrücke sammeln, zumal da wir gerade erst dabei sind, unsere innerstädtische Spielstätte, die Unterkirche der Französischen Kirche in der Friedrichsvorstadt nach der Umgestaltung in Betrieb zu nehmen, übrigens zusammen mit den beiden Kirchengemeinden, der Französisch-Reformierten Gemeinde und der Friedrichwerderschen Gemeinde.

Erste Eindrücke also: Es gibt ein **wohlwollendes Anfangsinteresse**. Zunächst von Politikern, Wissenschaftlern und vielen Personen des öffentlichen Lebens. Sodann des Publikums – alte Berliner, neue Berliner. Dazu trägt gewiss auch die phantastische Ausstrahlung des „Standortes“ am Gendarmenmarkt bei. Aber wohlwollendes Anfangsinter-

esse finden auch andere. Wer es nicht nutzt und in Dauerinteresse verwandelt, wird schnell wieder vernachlässigt.

Wir versuchen also in unserem Programm alles Flüchtige zu vermeiden und eher an Grundlagen zu arbeiten. Unsere Reihe „**Profile des Parlaments**“, mit der wir den deutschen Parlamentarismus bei der Rückkehr an seinen nationalstaatlichen Ausgangsort begleiten wollen, scheint gerade deshalb ihr Echo zu finden. Bisher sprachen zum Beispiel der Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis, Bundesverfassungsrichter Winfried Hassemer, Bundesaußenminister Joschka Fischer, der Friedenspreisträger Fritz Stern, der Parlamentarier Heiner Geißler und der Historiker Heinrich August Winckler über Max Weber, Gustav Radbruch, Gustav Stresemann, Walter Rathenau, Matthias Erzberger und Friedrich Ebert. Ein Projekt für eine Evangelische Akademie? Immerhin hatte es lange genug gedauert, bis auch der deutsche Protestantis-

mus seine Reserven gegenüber dem Parlamentarismus aufgegeben hatte.

Aber nun sollen diese wenigen ersten Eindrücke nicht der rückblickenden Aufzählung und Kommentierung eines Programmes gelten – und nicht der vollmundigen Ankündigung weiterer Großtaten. Manche Eier wollen erst noch gelegt und bebrütet werden – bevor man das Ergebnis fröhlich begackert. Wir sind mitten im **Experimentieren und Suchen** dort, wo wir Neuland betreten – und auch dort, wo wir alte Äcker neu bearbeiten wollen, etwa mit **Politischen Nachtgebeten** zu den Buß- und Bettagen und zum Aschermittwoch. Wir freuen uns über – und stützen uns bei allem auf – das Gelingen bei der Fortführung des Bewährten. Und freuen uns vor allem über jeden Besuch. ■

Anm.:

Professor Robert Leicht ist Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin.

Akademiearbeit in der neuen Hauptstadt

Dr. Susanna Schmidt

*„Lebhaftes Straßen tauchten auf, die See-
straße, Leute stiegen ein und aus. In ihm
schrie es entsetzt: Achtung, Achtung, es
geht los. Seine Nasenspitze vereiste, über
seiner Backe schwirrte es. ‘Zwölf Uhr Mit-
tagszeitung’, ‘B.Z.’, ‘Die neuste Illustrier-
te’, ‘Die Funkstunde neu’ ‘Noch jemand
zugestiegen?’ Die Schupos haben jetzt
blaue Uniformen. Er stieg unbeachtet wie-
der aus dem Wagen, war unter Menschen.
Was war denn? Haltung, ausgehungertes
Schwein, reiß dich zusammen, kriegst
meine Faust zu riechen. Gewimmel, welch
Gewimmel. Wie sich das bewegte: Mein
Brägen hat wohl kein Schmalz mehr, der
ist wohl ganz ausgetrocknet. Was war das
alles. Schuhgeschäfte, Hutgeschäfte,
Glühlampen, Destillen ... Nun nun, was
soll geschehn, wird doch nicht so schlimm
sein. Man wird schon nicht verkommen.
Berlin ist groß. Wo tausend leben, wird
noch einer leben.“*

So beängstigend, wie hier Alfred Döblins Roman „Berlin Alexanderplatz“ den Moloch Berlin in der Perspektive des Franz Biberkopf Ende der zwanziger Jahre schildert, wird die neue Hauptstadt im Jahr 2000 vielleicht nicht mehr empfunden. Und doch hat sie viel Außergewöhnliches zu bieten, das manchen erschrecken kann: die Größe der Stadt – Hamburg, Frankfurt und München fänden in ihr Platz; die fast dreieinhalb Millionen Einwohner – jeder Stadtbezirk eine mittlere Großstadt; die Vielzahl der Herkunftsländer ihrer Einwohner – über 180 Nationalitäten sind hier versammelt; oder die Geschichte mit ihren Höhen und vor allem Tiefen.

Etwas besonders im Westen schwer Vorstellbares ist der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung der Stadt: Nur etwa zehn Prozent gehören

der katholischen Kirche an, gerade einmal gut 100.000 Mitglieder mehr, als die Muslime zählen. Selbst wenn man die rund 900 000 Protestanten der Stadt zu diesen Zahlen dazu addiert, überrascht die Feststellung des Kardinals Sterzinsky nicht, dass die Stadt eine „deutliche säkulare Prägung“ habe: Mehr als die **Hälfte der Bevölkerung** bekennt sich zu **keiner Konfession** .

Dies ist eine besondere Situation auch für die Arbeit einer katholischen Akademie, die in Westdeutschland doch zu meist katholisches Hinterland hat. Worin bestehen aber die besonderen Herausforderungen und Chancen für die Arbeit in dieser Großstadt, in der neuen Hauptstadt?

Die Katholische Akademie in Berlin wurde 1990, vor knapp zehn Jahren, wenige Tage nach der Wiedervereinigung gegründet. Eine „Steilvorlage des lieben Gottes“ hat Werner Remmers, der Gründungsdirektor der Berliner Akademie, diese ungeahnte und doch schon zu DDR-Zeiten ersehnte Möglichkeit eines katholischen Diskussionsforums in der Öffentlichkeit genannt.

Ost und West in der neuen Demokratie zusammenführen

Ost und West in der neuen Demokratie zusammenzuführen, war zunächst ein wesentliches **Ziel für die Gründung** dieser Akademie. Sich gegenseitig die eigenen Geschichten und die eigene Geschichte zu erzählen, wie es der heutige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse formulierte, dafür war und ist die Katholische Akademie in Berlin ein guter Ort. Heute ist das nicht mehr das geplante Erzählen der eigenen Biographie, sondern wird in zahlreichen Sachdiskussionen virulent: Kann Verfassungspatriotismus eine Alternative sein, wenn gerade einmal zehn Jahre Erfahrung mit dem Grundgesetz vorhanden sind? Was bedeutet Gerechtigkeit – Chancengleichheit oder Verteilungsgleichheit?

Nicht nur die Geschichte macht Unterschiede deutlich, die zwischen West- und Ostdeutschen bestehen, sondern gerade auch die **Zukunftsfragen** . Dabei gibt es eine bestimmte Art von Struktur-



Dr. Susanna Schmidt: Religiöse Bindekräfte nehmen ab.

konservatismus in beiden Teilen, aber auch ein Potential, Reformen in Gang zu setzen. Dass wir uns der Unterschiede bewusst sind oder werden, ist wie oftmals eine gute Voraussetzung, die Gemeinsamkeiten zu entdecken, die unter Menschen eines Glaubens ohnehin leichter zu finden sind.

Wo in Berlin die Mauer verlief, kann man auf der Straße nur noch an einer roten Markierung erkennen. Solche Markierungen mag man im Blick auf die „Wessis“ und im Blick auf die „Ossis“ da und dort noch wahrnehmen. Das Wunderbare ist nur, dass es heute jede Menge „Grenzübergänge“ gibt.

„Kleiner Grenzverkehr“ zwischen den Religionen

Solche **Übergänge** oder Übersetzungen, wenigstens einen „kleinen Grenzverkehr“ braucht es auch **zwischen den Religionen** . Das Zusammenleben mit den christlichen Konfessionen ist in Berlin – trotz der evangelisch-preußischen Geschichte – in manchen Punkten einfacher, allein aus Notwendigkeit müssen die Kräfte verstärkt werden. Daraus entsteht gemeinsame Arbeit, ein besseres Verstehen, schließlich Freundschaft.

Seit Jahren schon arbeiten die Katholische Akademie in Berlin und die Evangelische Akademie zu Berlin **auf dem Gebiet der Sozialethik** zusammen: in einem Gesprächskreis Kirche – Wirtschaft, in einem wissenschaftlichen Symposium zur Sozialverkündigung der Kirchen und ökonomischer Theorie, neuerdings auch auf dem Gebiet der Literatur.

Die evangelische und katholische Kirche müssen sich mit den monotheistischen Weltreligionen verbinden, gerade, um in einer säkularisierten **Umwelt die Gottesfrage wach zu halten** . Schritte zu einer Zusammenarbeit existieren bereits: seit Jahren eine Kooperation mit dem Centrum Judaicum und mit dem Landesverband der muslimischen Kulturzentren. Erst durch Gespräch und Austausch, durch das Bedenken von Vergangenheit und Gegenwart kann Verständnis wachsen, das vieler kleiner Schritte und Gesten bedarf.

Ein solches Engagement kann auch eine Unterstützung im Prozess der Entwicklung eines europäischen Islam darstellen, der in demokratischem Verständnis die Öffentlichkeit sucht. Gemeinsam finden wir vielleicht auch Wege, uns in der Öffentlichkeit zu unserem Glauben zu bekennen – ohne deshalb als Fundamentalisten angesehen zu werden oder auf das Niveau von Talkshows abzugleiten. Denn oftmals will es scheinen, als hätten wir besonders gegenüber den Gebildeten unter den Religionsverächtern große **Scheu** , unser eigenes, biographisch geerdetes **Bekenntnis auszusprechen** .

Obwohl dies viele empfinden, ging lautes Entsetzen durch die Reihen, als etliche Vertreter der Bundesregierung im Herbst 1998 bei ihrer Vereidigung nicht die Hilfe Gottes anrufen wollten. Das Kanzlerwort von der **Religion als einer Privatsache** machte die Runde. Was hatte sich – noch vor Anbruch der „Berliner Republik“ – verschoben? Seit langem schon wissen wir, dass die religiösen Bindekräfte, aber auch überhaupt die Bindungen zu Großinstitutionen abnehmen. Irrig wäre die These, dass Politiker, die sich ja an eine Partei gebunden haben, folglich auch in enger Verbindung zu ihrer Religionsgemeinschaft

stunden. Selbst in den Unionsparteien, die aus der Tradition heraus den engsten Kontakt zum Katholizismus hatten, gibt es nur noch wenige unter den Jüngeren, die sich selbst als aktive Christen bezeichnen würden.

Religion in der Öffentlichkeit

Zugleich erleben wir – etwa im Streit um das Fach „Lebenskunde – Ethik – Religion“ oder vor Jahren schon im „Kruzifixurteil“ ebenso wie im Kopftuchstreit – eine neue Diskussion, wie Religion in der Öffentlichkeit präsent sein soll, präsent sein darf. Nachdem es keine eindeutige Monopolstellung des christlichen Bekenntnisses gibt, stellt sich die Frage, ob die im Grundgesetz garantierte hinkende Trennung von Kirche und Staat nun auch auf andere Religionsgemeinschaften zu übertragen ist. Wer aber katholischen und evangelischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in der Verantwortung der Religionsgemeinschaft für richtig hält, kann dies Muslimen, die nicht nur in diesem, sondern auch in allen anderen Punkten der deutschen Verfassung folgen, nicht verweigern. Hier gilt es, durch Diskussion und Aufklärung eine positive Atmosphäre und einen nüchternen Realismus zu befördern.

Wenn der Einfluss des Christlichen aber nicht mehr selbstverständlich durch christliche Politiker gewährleistet ist, dann fragt sich, **wie Christen Politik gestalten** wollen. Der Konsultationsprozess zum Wirtschafts- und Sozialwort hat hier einen Weg gewiesen, indem er viele Menschen – ob christlich oder nicht – durch einen kirchlichen Anstoß in einen umfassenden Diskussionsprozess einbezogen hat. Auch wenn dies nicht zu einer gemeinsamen Lösung politischer Detailfragen führen kann, so ist diese Öffnung der „professionellen“ Politik (wie auch der „professionellen“ Sozialethik) notwendig, und zwar nicht aus PR-Gründen.

Ethische Grundfragen und politische Detailfragen zusammenbringen

Die politisch und kirchlich heiklen Fragen müssen auch entsprechend kontrovers diskutiert werden – aus diesem Grund gibt es katholische Akademien,

Achtung – wir ziehen um!

Ab dem 3. Juli 2000 sind wir unter folgender Adresse erreichbar:

EAK-Bundesgeschäftsstelle

Redaktion „Evangelische Verantwortung“

**Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin**

**Tel.: 030/220 70-0
Fax: 030/220 70 111
www.cdu.de/eak/
e-Mail: eak@cdu.de**

die ethische Grundfragen und politische Detailfragen zusammenbringen müssen. Nicht wenige in unserem Land würden eine neue Wertedebatte begrüßen – wer aber begibt sich in die „Niederungen“, wo die basalen Werte buchstabiert werden müssen?

So gilt es, gerade in dieser Konstellation von Ethik und Politik **Öffentlichkeit herzustellen** und Milieus zu verbinden, die sich fremd geworden sind. Denn es gab offenkundig Zeiten, in denen etwa katholische Sozialethiker und in der Verantwortung stehende Politiker schon einmal mehr miteinander sprachen. Nicht zuletzt um solche Fremdheiten zu überwinden, wendet sich das „**Foyer**“, ein ursprünglich von den Jesuiten gegründetes **Gesprächsforum** für ethische Fragen im politischen Alltag, themenbezogen an Verantwortungsträger aus verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen. Ein informeller Austausch – nicht die notwendige Interessensvertretung, wie sie das Kommissariat der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro – zur Aufgabe hat – wird hier ermöglicht.

Im November 1999 gründeten Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD), Staatssekretärin Christa Nickels (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Hermann Kues, Kirchenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Jörg van Essen (FDP) einen **politischen Club** an der Katholischen Akademie in Berlin als ein fraktionsübergreifendes, kontinuierliches Gesprächsforum zwischen katholischen Abgeordneten. Auch an eine ökumenische Erweiterung ist gedacht. Denn es gilt auch, die Katholiken und Protestanten, die politisch tätig oder interessiert sind, zusammenzuführen.

Die Großstadt ist gerade von christlicher Seite viel gescholten worden: als könne man darin nicht ein anständiger Christ bleiben. Die frühen Christen, Paulus selbst, aber wussten, dass sie nur durch die Kommunikationsnetze der Großstadt Rom überleben und sich erweitern konnten. Auch heute müssen wir dies verstehen und die Negativrhetorik beenden.

Neues ermöglichen

Als katholische Akademie stellen wir uns auf dem Markt der weltanschaulichen Optionen selbstbewusst vor den „Altar des unbekannten Gottes“ und diskutieren die **Fragen nach dem letzten Grund unseres Lebens** und nach unserem Bild vom Menschen, das von der Gen- und Biotechnologie ebenso wie von einer nur ökonomischen Logik in Frage gestellt wird. In diesem Sinne schreiben die Initiatoren des politischen Clubs in ihrem Grundsatzpapier, mit dem sie den parteiübergreifenden Charakter begründen: „Die Formulierung aus der Apostelgeschichte „Sie waren ein Herz und eine Seele“ zeigt nur eine Seite der Medaille. Auf der Rückseite steht: Sie waren in ständiger Auseinandersetzung und Suche. Auf die Suche wollen wir uns begeben, wir wollen unsere Verantwortung für eine solidarische Gesellschaft wahrnehmen, indem wir Verkrustungen ablegen und Neues ermöglichen (vgl. 1 Kor 5,7).“

Anm.:

Dr. Susanna Schmidt ist Direktorin der Katholischen Akademie in Berlin.

Kann Deutschland auf die Kernenergie verzichten?

Gunnar Uldall

In den vergangenen Jahrzehnten war die deutsche Energiepolitik durch Verlässlichkeit der rechtlichen Rahmenbedingungen, Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Ressourcenschonung geprägt. Diese Politik war eine wesentliche Grundlage für die ökonomische und ökologische Entwicklung Deutschlands. Der Weltenergieverbrauch wird in den nächsten 20 Jahren um fast 40% wachsen, verursacht vor allem durch das Wachstum der Weltbevölkerung und die wirtschaftlichen Aufholprozesse in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Dabei wird die Stromnachfrage sogar überproportional wachsen. Weltweit sind sich die Experten einig, dass der steigende Weltenergieverbrauch ohne Kernenergie nicht gedeckt werden kann.

Die Kernenergie ist die wichtigste Energiequelle für Strom in Deutschland. In 19 Anlagen wird die für die Stromversorgung besonders wichtige Grundlast erzeugt. Mit 22.000 Megawatt liegt der Anteil der Kernenergie hier bei fast 60%. Den restlichen Teil liefern Kohlekraftwerke und Laufwasserkraftwerke, die ebenfalls rund um die Uhr genutzt werden. Überkapazitäten gibt es bei der Grundlastversorgung in Deutschland nicht. Mit der Abschaltung jedes Kernkraftwerkes muss die entsprechende Leistung durch neue Kraftwerke – nach dem heutigen Stand der Technik Erdgas- oder Kohlekraftwerke – oder durch Stromimporte ersetzt werden.

Ein Ausstieg aus der Kernenergie hätte erhebliche negative wirtschaftliche Auswirkungen: Die volkswirtschaftlichen Kosten eines Kernenergieausstiegs belaufen sich auf 2-stellige Milliardenbeträge gegenüber dem ungestörten Weiterbetrieb der Kernkraftwerke bis zum Ende ihrer wirtschaftlichen Lebensdauer. Die Kosten werden verursacht durch die vorzeitige



Gunnar Uldall:
Ausstieg aus der Kernenergie hätte negative wirtschaftliche Auswirkungen.

Stilllegung von Kraftwerken, die im Durchschnitt eine betriebswirtschaftliche Lebensdauer von 40 Volllastjahren haben.

Kosten für die Stromerzeugung

Hinzu kommt die Verteuerung der laufenden Stromerzeugung. Die Stromerzeugungskosten deutscher Kernkraftwerke liegen einschließlich der Kosten für Entsorgung und Abriss nach der vollen betriebswirtschaftlichen Nutzung um rund 3 Pf/kWh unter den günstigsten Alternativen (z.B. neue Gaskraftwerke). Bei Wegfall der Kernenergie würden die Kosten für die Stromerzeugung um rund 4 Mrd. DM jährlich steigen. Nicht berücksichtigt sind möglicherweise steigende Primärenergiepreise auf den Weltenergiemärkten.

Noch teurer wird der Ausstieg durch die **Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt.**

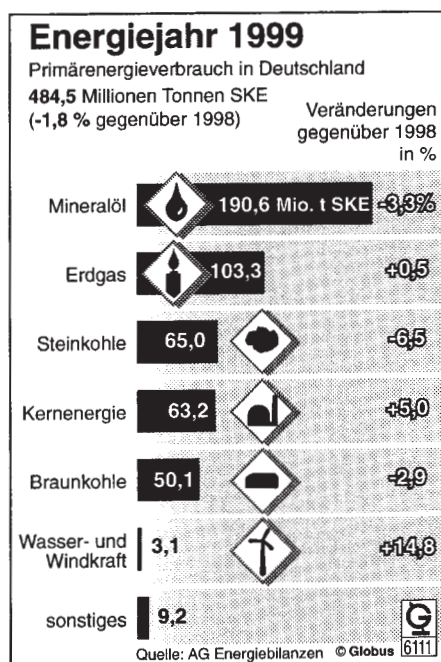
In der Kernenergiebranche selbst sind in den Kraftwerken, im Anlagenbau, den mittelständischen Zuliefererbetrieben und in der Forschung 40.000 überwiegend hochqualifizierte Arbeitnehmer beschäftigt. Durch steigende Strompreise sind mindestens weitere 150.000 Arbeitsplätze, insbesondere in energieintensiven Branchen (Stahl, Chemie, Papier, Glas, NE-Metalle, Stein und Erden, Zement u.a.), gefährdet.

Ausstieg gefährdet Ansehen Deutschlands als Wissenschaftsstandort

Der Ausstieg aus der Kernenergie verunsichert in- und ausländischen Investoren. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird erschwert, da Investitionen in Deutschland zunehmend ausbleiben werden. Der Ausstieg aus der Spitzentechnologie Kernenergie ist auch ein Zeichen zukunftsverneinender **Technikfeindlichkeit**. Deutschland hat weltweit und in der EU eine Spitzenstellung auf dem Gebiet der kerntechnischen Forschung und Entwicklung. Ein Ausstieg gefährdet Know-how und Ansehen Deutschlands als Wissenschaftsstandort. Die vom Grundgesetz **geschützte Forschungsfreiheit** wird massiv **beeinträchtigt**.

Auf lange Zeit ist die preiswerte, sichere und ressourcenschonende Versorgung mit Uran sichergestellt, das sich zudem kostengünstig für viele Jahre auf kleinem Raum lagern lässt. Deutschland wird abhängig von Stromimporten, die Abhängigkeit von Gasimporten dürfte zunehmen. Und dies in einer Zeit, wo die Konzentration der Weltrohölreserven im krisengefährdeten mittleren Osten absehbar ist.

Die Stromerzeugungskosten aus fossilen Kraftwerken und aus Kernkraftwerken unterscheiden sich deutlich in ihrer Struktur. Die Bedeutung von Investitions- und Brennstoffkosten sind vertauscht. Der Anteil der Brennstoffkosten an der Energieerzeugung aus Uran liegt bei rund 20%, bei Kohle und Gas bei rund 75%. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die langfristige Kalkulation der Strompreise. Die Anfälligkeit der Strompreise für **Turbulenzen auf den Weltenergiemärkten** wird bei einem Ausstieg deutlich höher.



Deutsche Kernkraftwerke sind die sichersten und zuverlässigsten Anlagen der Welt. Sie führen jährlich die Top-Ten-Liste der Kernkraftwerke mit der weltweit höchsten Stromerzeugung und Zeitverfügbarkeit an. Die Abschaltung deut-

scher Reaktoren führt im liberalisierten europäischen Strommarkt mit zahlreichen Kernkraftwerken an Deutschlands Grenzen zu Stromimporten aus Kraftwerken, auf deren Sicherheitsstandards wir keinen Einfluss haben. Der deutsche Beitrag zur notwendigen Sanierung der Kernkraftwerke in Mittel- und Osteuropa würde bei einem Ausstieg gefährdet. Die Folge ist nicht ein Mehr, sondern ein Weniger an Sicherheit in diesen Anlagen.

Isolation Deutschlands bei Ausstieg

Bei einem gesetzlichen Verbot des Betriebs neuer Kernkraftwerke verzichtet Deutschland leichtfertig auf die Option einer zukünftigen Nutzung sicherer und noch kostengünstigerer Kernkrafttechnik der nächsten Generation. Vom Exporteur der weltweit führenden Kerntechnik würden wir binnen weniger Jahre zum Importeur dieser Technik. Der politisch motivierte nationale Alleingang eines Atomausstiegs verstößt gegen den europäischen Gedanken und isoliert Deutschland in Europa. Kein anderer größerer Industriestaat der Welt

ist bisher aus der Nutzung der Kernenergie ausgestiegen oder beabsichtigt dies.

Die derzeit geführte Diskussion, die sich überwiegend nur noch mit dem „Wie“ eines möglichen Kernenergieausstiegs, aber nicht mit der mindestens genauso wichtigen **grundsätzlichen Frage des „Ob“** beschäftigt, ist verkürzt. Es gibt keine nachvollziehbare Begründung, die volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Anforderungen genügt, vorzeitig aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie auszusteigen.

Solange die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke gewährleistet ist, sollten diese weiterbetrieben werden dürfen. Zukünftigen Generationen sind wir es schuldig, die Option Kernenergie im Rahmen vorausschauender und verlässlicher energiepolitischer Rahmenbedingungen in Deutschland offen zu halten. ■

Anm.:

Gunnar Uldall, MdB,
ist wirtschaftspolitischer Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Haltet den Dieb! Überlegungen zu Jugendweihe und Konfirmation in Ostdeutschland

Christine Lieberknecht

In den ostdeutschen Familien wird in der Regel die Frage, ob der Heranwachsende konfirmiert oder jugendgeweiht werden soll, als Scheinproblem betrachtet. Die „Würfel“ sind meist längst gefallen. Wenn Mutter und/oder Vater von ihrer Jugendweihe zu DDR-Zeiten nostalgisch ins Schwärmen kommen, die Klassenkameraden sich ohnehin für die Jugendweihe entschieden haben und die letzte Konfirmation in der Familie schon Generationen zurückliegt, weiß man häufig kaum noch, was Konfirmation eigentlich bedeutet.

In den Familien jedoch, die mit Christentum und Kirche innerlich verbunden sind, wird die Konfirmation mit einem

gewissen Stolz erwartet, auch wenn vielleicht hier und da eine Außenseiterposition befürchtet wird und Zweifel und Unsicherheiten des jungen Menschen beraten und zerstreut werden müssen. Denn die Konfirmation, wenn man sie ernst nimmt und nicht als Initiationsritual missversteht, hat Folgen: Man wird in die christliche Gemeinde durch Segnung, Glaubensbekenntnis und erstes Abendmahl aufgenommen. Das irritiert viele Jugendliche, denn sie wollen sich (nach der letzten Shellstudie) hauptsächlich engagieren, wenn sie „jederzeit wieder aussteigen können“. Eine Vielzahl von Familien ignoriert das Problem, indem sie den vierzehnten Geburtstag ihres Sprösslings spendierfreudiger, etwas pompöser und mit einer speziellen Rede des Hausaltersvorstandes feiern, und Schluss.

Suche nach einem Sinnangebot?

Mag sein, dass immer mehr junge Menschen nach einem Sinnangebot suchen, das mit einem kirchlichen Bekenntnis nicht verbunden ist, in der Jugendweihe oder einer noch so frugal ausgestatteten Geburtstagsfeier finden sie es ganz bestimmt nicht.

Für die Interessenvereinigung humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe liegt eine Wurzel der Jugendweihe in den „Initiationsfesten, jenen vielgestaltigen Weiheritualen der Naturvölker, in denen Kinder zu Erwachsenen ernannt werden.“ Diese Erklärung kann die blasphemische Verwendung des Begriffes „Weihe“ nicht kaschieren. **Weihe**, so sagen es die kompetenten Lexika alle, ist eine **rituelle Kulthandlung**, durch die eine Person oder Sache besonders geheiligt oder in göttlichen Dienst gestellt werden soll“ (Meyers großes Taschenlexikon, 1995). Wissen die Veranstalter wirklich nicht, was sie tun oder sagen? Es sollen „jugendgemäße Feiern“ gestaltet werden, „die dem Anspruch an ein Fami-

lienfest und zugleich auch an ein gesellschaftliches Ereignis gerecht werden..."

Auch andere Verbände, z.B. der Thüringer Freidenker-Verband, bieten Jugendweihefeiern an. Es liegt in der Natur der Sache, dass Jugendweihefeiern „freireligiös“ also atheistisch sind. Die Jugendweihevereine vermeiden eine Konkretisierung ihrer Beeinflussungsabsichten. Sie behaupten, in ihrer „offenen Jugendarbeit“ „humanistisch-ethische Werte und Lebensvorstellungen“ vorzustellen. Bei näherem Hinschauen erweisen sie sich als Ansammlung von Beliebigkeiten, austauschbare Werte, deren weltanschauliche Fundierung aus gutem Grunde in der Schwebe gelassen wird. Altes real-sozialistisches Gedankengut lauert allenthalben.

Jugendweihe ist „Weihe“ ohne Gott, eine atheistische, für 120 DM käufliche Veranstaltung, die von ihren Pfahlwurzeln her antireligiös und antichristlich ist. Der Jugendliche, der das nicht durchschaut, genießt seine plötzlich ohne eigenes Zutun gewonnene Wichtigkeit bei Einkäufen, Styling des Outfits und Entgegennahme von Geschenken. Der große Moment findet in einem repräsentativen Saale statt, auf deren Bühne schon die Eltern die sozialistische Jugendweihe erhielten. Haben sie das alles immer noch nicht durchschaut? Aber: Wie erhebend das ist, auf der Bühne zu stehen, seinen Namen zu hören, vorzutreten und mit dem Handschlag eines mehr oder weniger Prominenten, umrahmt von Live-Musik zwischen Barock, „O happy day“ (wie ging das gleich weiter?) und Hip-Hop in die „Reihen der Erwachsenen“ aufgenommen zu werden.

Hat die Konfirmation eine Chance in der Zukunft?

Ich mache mich nicht darüber lustig. Es geht um etwas sehr Ernstes. Ich versuche, die Realität zu beschreiben und frage mich besorgt: Wo haben wir hier und heute als Christen versagt? Wodurch ist die Identifikation mit Kirche und christlichem Glauben so geschwächt worden? Sind tatsächlich (nur) die anderen schuld? Hat die Konfirmation, umbrandet von Jugendweiheveranstaltungen, eine Chance in der Zukunft? Sollen die Kirchen vor der Jugendweihe warnen? Sollte die Evange-

lische Kirche „**Lebenswendefeiern**“ anbieten? Wie habe ich mich als Politikerin diesen Phänomenen gegenüber zu verhalten? Fragen über Fragen, die auf Gott und den Menschen gleichzeitig verweisen, auf Religion und Weltanschauung.

Es gibt für den Christen ein Spannungsfeld zwischen Glauben und Welt. Lebens- und Glaubensbezug sind mit einander verbunden (EKD: Glauben entdecken, Kap. 4.6.). In diesem Spannungsfeld sehe ich christliche Weltansicht angesiedelt, das, was man christliche Weltanschauung nennen könnte. Christliche Weltanschauung unterscheidet sich von allen anderen dadurch, dass sie gleichzeitig auf Gott und den Menschen gerichtet ist.



Hat die Konfirmation eine Chance in der Zukunft?

So soll der junge Mensch im Konfirmandenunterricht nicht nur die „elementare Struktur des christlichen Glaubens“ kennen lernen und erfahren, wie Glauben auf vielfältige Art gefeiert werden kann (wie häufig liegt der Konfirmandenunterricht in dieser Hinsicht völlig daneben?), sondern er soll aus der Sicht christlichen Glaubens „gelebtes Leben erfahren“. Konfirmationszeit soll sein: **Surfen durch die Fülle des Lebens**. Die Konfirmation selbst ist als Abschluss dieser Zeit gedacht als Feier des Glaubens auf dem Hintergrund bisher erlebten und reflektierten Lebens.

Ideal und Wirklichkeit mögen hier manchmal weit auseinander klaffen. Aber allein aus dieser Absicht geht hervor: Jugendweihe und Konfirmation stehen sich diametral gegenüber. **Jugendweihe** ist bereits in ihrem Ansatz areligiös. Die Jugend-

weiheveranstalter kommen scheinbar ideologiefrei und weltanschaulich harmlos daher. Nach außen hin bedienen sie schlicht und einfach ein elementares Bedürfnis: den „Anspruch an ein **Familienfest**“ (Wir über uns. Alt wie ein Baum). Aber der Schein trügt: Wie es „drinnen“ aussieht, – inhaltlich wie personell – sollte das niemanden etwas angehen?

Wie die EKD-Studie „Glauben entdecken“ sehr richtig feststellt, hatten sich zu DDR-Zeiten die Jugendlichen zwischen einem Bekenntnis zur Kirche und einem Gelöbnis, das Staatszwecke betraf, zu entscheiden, wobei die Schule und somit der Staat erheblichen Druck mit Sanktionsdrohungen ausübte. Diese „konfrontativ-konkurrierende Situation“ hatte für die Kirche, wenn man es unvoreingenommen betrachtet, sogar etwas Positives: In den Familien und im Konfirmationsunterricht wurde heftig diskutiert über die Frage: Warum Konfirmation und nicht Jugendweihe? Oder „geht“ beides? Oder nacheinander oder wie? Diese konfrontative Situation gibt es nicht mehr. Und eine Konkurrenz? Wenn die Konkurrenz mit Billigangeboten wirbt, vielleicht.

Jugendweihe und Konfirmation schließen einander aus

Aber diese „Konkurrenz“ hat **nichts Gleichwertiges** und nichts Gleichsinniges **anzubieten**. Die Entscheidung für oder gegen die Konfirmation ist frei. Christen sind in der Nachfolge Jesu freie Menschen nach innen, frei im Denken, jedoch nicht „Freidenker“. Christen sind auch frei und offen nach außen, kompatibel für alle Menschen guten Willens. Das bedeutet nicht, dass sie alles, was andere tun, gut heißen müssten. Für den bekennenden Christen ist die Teilnahme an der Jugendweihe ein Akt des Verrats. Jugendweihe und Konfirmation schließen einander aus.

Angesichts des hohen Zuspruchs zur Jugendweihe sehen wir Christen, dass „innere Mission“ im engeren Sinne des Wortes Not tut. Voraussetzung dafür ist wohl die Beantwortung der Frage, was es heißt, als Christ in unserer Zeit zu leben. Ich denke, dass wir in der Evangelischen Kirche und in den Gemeinden erst einmal alle Kraft aufwenden müssen, unsere Schäfchen beieinander zu halten,

uns seelsorgerisch um sie zu kümmern. Wenn die wenigen Konfirmanden nur einige wenige ältere Damen in der Kirche vorfinden, wie sollen sich da die Jungen mit der real existierenden Gemeinde identifizieren? Gibt es da überhaupt **Chancen für eine Integration?**

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein weltanschaulich neutraler Staat. Als Politikerin bin ich diesem Prinzip, das ich für richtig halte, verpflichtet. Das bedeutet, dass alles, was nach Recht und Gesetz läuft, zu tolerieren ist. Aber ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube: Wenn man mich für eine Jugendweiherede gewinnen wollte, würde ich auch ohne politisches Amt dankend ablehnen. Außerdem halte ich eine Jugendweihefeier für den falschen Ort christlicher Mission.

Kirchliche Alternativen zur Jugendweihe sind im Gespräch: etwa „Lebenswende feiern“, wie sie die Katholische Kirche in Erfurt für die nicht getauften Kinder in ihrem Gymnasium anbietet. Das wirft für die Evangelische Kirche neue

Fragen auf: Die für mich wichtigste ist grundsätzlicher Art: Ist es vorstellbar, die **Konfirmation vom ersten Abendmahlsgang abzutrennen?** Konfirmation „nur“ als freiwilliges Bekenntnis zur Gemeinde der Christen? Zum ersten Abendmahl könnte der so Konfirmierte dann von der Konfirmation unabhängig, ohne Termin- druck gehen, als individuelle und vielleicht auch spontane Entscheidung. Vielleicht könnten Kritiker das als „**Konfirmation light**“ diffamieren. Ja, die Konfirmation würde, so glaube ich, erleichtert, aber sie wird auch auf den für die Zukunft wesentlichen Punkt gebracht. Und das Heilige Abendmahl bekäme als Sakrament den höheren inneren Wert, der zum Zeitpunkt der Konfirmation möglicherweise noch nicht erkannt ist oder gewollt wird. So gesehen, wäre dann die Konfirmation eine **Lebenswendefeier im christlich-religiösen Sinne**. Warum eigentlich nicht?

Hat die **Jugendweihe** in Ostdeutschland eine **Zukunft**? Ja, denn Familien, denen Gott nichts oder wenig bedeutet und die den Übergang ihres Kindes zum Erwachsenen ohne religiöse Sinngebung

Vertrauen in Organisationen
Bewertung von 1 (sehr wenig) bis

Umweltschutzgruppen	3,5
Gerichte	3,4
Menschenrechtsgruppen	3,4
Polizei	3,3
Bürgerinitiativen	3,1
Gewerkschaften	3,1
Zeitungen	3,0
Bundeswehr	3,0
Fernsehen	2,9
Bundesregierung	2,7
Bundestag	2,7
Arbeitgeberorganisationen	
Kirchen	2,5

als öffentliche Darstellung feiern wollen, wird es weiter geben.

Hat die **Konfirmation** in Ostdeutschland eine **Zukunft**? Ja, denn Familien, die sich christlichen Werten verbunden fühlen, gibt es. Und es wird sie weiterhin geben. Aber damit die arg dezimierte Konfirmandengeneration von heute willens und in der Lage ist, ihren Kindern „den Sinn von Religion und Glauben im eigenen Leben“ so zu vermitteln, dass sie zur Konfirmation Ja sagen, reichen Familientraditionen nicht aus. Die Jugendweihe als Schuldige zu benennen, wäre töricht.

Der Ruf „Haltet den Dieb!“ bringt nichts. Hier muss die Evangelische Kirche mit Gebet, Kreativität und Phantasie notwendigen und vielleicht auch schmerzlichen Erkenntnissen Raum geben. Die Aufgaben sind von der EKD (Glauben entdecken, Kap. 1.3.5.) formuliert. Dem großen Willen, der hinter ihnen steht, müssen nun reformatorische Taten folgen, die Möglichkeiten eröffnen, „**Jugendlichen Erfahrungen des Glaubens zu vermitteln**, Inhalte des Glaubens zu erschließen und die Jugendlichen im Leben der Gemeinde zu beheimaten (Glauben entdecken, Kap. 4.1.)“.

Anm.:

Christine Lieberknecht ist Landtagspräsidentin in Thüringen und stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende.

Nachfrage nach Jugendweihe steigt – „Sinnangebot ohne Bekenntnis“

Frankfurt/Main. Immer mehr junge Menschen suchen nach Ansicht des Frankfurter Publizisten und Weltanschauungsexperten Kurt- Helmuth Eimuth ein „Sinnangebot ohne kirchliches Bekenntnis“. Die Kirchen müssten sich daher vermehrt dem „Nachdenken über Rituale in einer nachchristlichen Gesellschaft“ stellen, sagte Eimuth in einem dpa-Gespräch. Nach seinen Angaben steigt entgegen allen Erwartungen die Nachfrage nach der Jugendweihe auch ein Jahrzehnt nach dem Ende der DDR. Rund 100 000 junge Menschen würden sich in diesem Frühjahr, nicht nur in den neuen Bundesländern, diesem aus dem 19. Jahrhundert stammenden Ritual unterziehen. Sie markierten damit in einer weltlichen Feier den Übergang von der Kindheit zur Jugend, was in der einstigen DDR bewusst den kirchlichen Traditionen von Firmung und Konfirmation entgegengesetzt wurde. Dass sich heute ein solches säkulares Ritual ohne staatlichen Zwang wieder

etablieren könne, sei „kein regionales Problem des Ostens“, meinte Eimuth. Hier zeige sich vielmehr ein Umbruch in der Weltanschauung, der zunehmend alle Regionen und Konfessionen erfasse und nach neuen Antworten von Seiten der Kirchen verlange. Kirchliche Alternativen wie **Lebenswende-Feiern**, die etwa die katholische Kirche in Erfurt für ungetaufte Jugendliche anbietet, seien ein problematischer Versuch, das „Vakuum an Sinnstiftung über säkularisierte Sakramente“ zu füllen, sagte Eimuth. Evangelische Pfarrer hätten dies zwar als „**Konfirmation light**“ kritisiert, stellten aber selbst Überlegungen an, mit ähnlichen Feiern Nicht-Christen den Schritt vom Kind zum Erwachsenen symbolisch zu vermitteln. Dem Phänomen Jugendweihe, das die DDR überlebt hat, spürt Eimuth in einem soeben erschienenen Band der Reihe „Forum – Streifzüge durch die Welt der Religionen“ des Gemeinschaftswerks Evangelischer Publizistik in Frankfurt nach.

Kirchliche Krankenhäuser – Auslaufmodelle oder Hoffnungsträger?

Bukhard Budde

Kirchliche Krankenhäuser sind keine Inseln auf dem Meer des Gesundheitswesens. Sie sind eher mit Schiffen zu vergleichen, die jedoch alle unterschiedlich (geworden) sind. So wie es keine „normierten“ Menschen oder Mitarbeiter gibt, so existieren auch keine „Häuser von der Stange“, keine statischen (Führungs-) Strukturen und Organisationen, sondern nur gewachsene soziale Systeme.

Für kirchliche Schiffe – von den insgesamt 2258 Krankenhäusern in Deutschland gehören 37 Prozent freigemeinnützigen Trägern – sind *kirchliche* und kompetente Mitarbeiter, Visionen, Leitbilder und Strategien (lebens-) notwendig, um nicht in den Stürmen des Wettbewerbes unterzugehen oder durch Unkenntlichkeit in der Vielfalt der Angebote aufzugehen. Auf diesem Meer herrscht weder Windstille – und alles kann ganz bequem beim Alten bleiben – noch gibt es Rückenwind – und alles entwickelt sich wie von selbst zum Positiven. Ein stürmischer Wind weht vielmehr mitten ins Gesicht. Wer den Kopf in den Sand steckt, wird sich erkälten und krank; wer den Wandel als Herausforderung und nicht als Bedrohung annimmt, wird ein eigenes, **unverwechselbares Profil** entwickeln, um glaubwürdig zu bleiben und eine Zukunft zu gewinnen.

Wandel als Herausforderung

Die Bedingungen des Meeres stellen jedoch für alle Krankenhäuser besondere Herausforderungen dar. Die Welle der **demographischen Entwicklung** fordert das ganze Gesundheitswesen heraus. Waren im Blick auf die Krankenhäuser 1998 noch 25 Prozent der etwa 15,95 Millionen Patienten über 70 Jahre alt, werden es 2010 voraussichtlich 40 Prozent sein. Jede dritte Operation wird bereits heute an Patienten

durchgeführt, die über 70 Jahre alt sind. 50 Prozent der Pflgetage beziehen sich auf Patienten, die über 60 Jahre alt sind. Angesichts einer zunehmenden Morbidität und einer abnehmenden Mobilität der Patienten besteht Handlungsbedarf, die Angebotsstrukturen und Leistungen weiterzuentwickeln.

Die Welle des **medizinischen Fortschritts** stellt eine weitere, zunächst ökonomische, dann aber auch eine ethische Herausforderung dar. Der Segen neuer Medizintechnik, neuer Formen der Diagnostik und der Behandlung erhöht gleichzeitig die Kosten durch vermehrte Untersuchungen und bessere Therapien. Nicht ohne Grund wird auch von einer „Fortschrittsfalle“ der Medizintechnik gesprochen: Die Medizin als Opfer ihres eigenen Fortschritts macht auf Dauer die Menschen insgesamt nicht „gesünder“, sondern „kranker“. Doch vor allem wer entscheidet nach welchen Kriterien darüber, ob und wie (lange) ein Patient Nutznießer des medizinischen Fortschritts im konkreten Einzelfall sein soll?

Die Welle des **neuen Wettbewerbes**: Höherer Kostendruck und steigender Investitionsbedarf beschleunigen nicht nur den Privatisierungsprozeß im deutschen Krankenhauswesen – bereits 6 Prozent der deutschen Krankenhäuser sind in privater Hand –, sondern auch den **Wettbewerb um den „erwünschten Patienten**, der sich rechnet“. Der Wettbewerb, der als fairer Leistungs- und Qualitätswettbewerb zu besseren Ergebnissen führt als Dirigismus und Bürokratismus, ist jedoch keine „Wunderwaffe“, sondern ein „zweischneidiges Schwert“: Auf der einen Seite kann er zu notwendigen Innovationen, zur Verbesserung der (Versorgungs-) Qualität und zu einem Kulturwandel führen. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr der (Risiko-) Selektion oder der „Rosinenpickerei“, wenn gesundheitspolitisch ein

Preis- und Vertragswettbewerb im Gesundheitswesen als generelle Alternative zu einer bürgernahen und wohnortnahen Versorgung angestrebt wird.

Patientenversorgung muss „wirtschaftlich“ erbracht werden

Die Welle der enthumanisierenden **Ökonomisierung**: Ein festes Budget ist wie ein Staudamm, aus dem nur Wasser abfließt, aber kaum etwas hinzukommt. Die Folge ist die schleichende oder offene Rationierung des Wassers, d.h. Leistungen werden nicht, erst später, weniger, auf andere Weise oder nur woanders erbracht. Von den in Deutschland lebenden 81 Millionen Menschen sind vor allem 72 Mio. betroffen, die in der Gesetzlichen Krankenversicherung sind (7 Mio. haben sich privat versichert; 6 Mio. haben eine private Zusatzversicherung). Nach dem Sozialgesetzbuch (§ 70 SGB V) soll die Versorgung des Patienten nicht „optimal“ sein, sondern „ausreichend“, „zweckmäßig“, das Maß des „Notwendigen“ nicht überschreiten und muß „wirtschaftlich“ erbracht werden.

Können Menschen in Zukunft nur dann bestimmte Leistungen erhalten, wenn „das Geld“, „das Alter“ oder „die soziale Stellung“ „stimmt“?! Werden nur (Rettungs-) Schiffe für die 1. Klasse eine „optimale Zukunft“ haben? Wird Nächstenliebe nur noch (ein bißchen) geübt, wenn es sich lohnt und es wirtschaftlich zu verantworten ist?

Sind kirchliche Krankenhäuser angesichts dieser und anderer Herausforderungen „sturmfest“ und „wetterfest“? Wird die kirchliche Flagge nicht zum Zeichen eines Etikettenschwindels, der Enttäuschungen vorprogrammiert? Wäre ein Trägerwechsel nicht ehrlicher? Sollte nicht unnötiger Ballast wie die Traditionen des Verkündigungsdienstes und der Seelsorge über Bord geworfen werden, da sie Kosten verursachen? Muß nicht eine neue Ladung wie **konsequentes betriebswirtschaftliches Denken** aufgenommen werden? Werden die Zeichen der Zeit übersehen und verschlafen? Ist ein organisatorischer Umbau oder gar struktureller Neubau notwendig? Muß nicht generell umgesteuert werden? Muß nicht die Ökonomie das alleinige Kommando haben?

Ökonomie als Kommandoträger?

Angesichts der Untiefen und Stürme auf dem Meer des Gesundheitswesens wird es immer wichtiger, im geschützten Hafen der Grundsatzfragen über das eigene Selbstverständnis und über die eigene Zukunft im interdisziplinären Gespräch sozusagen multiperspektivisch nachzudenken. Man wird zwar keine Patentrezepte für alle kirchlichen Schiffe entwickeln, aber (Leit-)Bojen finden, die die zukünftige Fahrinne markieren können.

Auf die **Leitungsbrücke** gehört eine qualifizierte, kompetente und zugleich kirchliche Führung. Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit eines kirchlichen Krankenhauses sind insbesondere die Transparenz über klare und nachvollziehbare (Kommunikations-, Kompetenz- und Verantwortungs-) Strukturen, eine kirchlich und menschlich geprägte Vertrauenskultur, sowie die Trennung von „Aufsicht“ und (hauptamtlicher) „Leitung“. Wenn die Kontrolleure sich selbst kontrollieren sollen – wie es im kirchlichen Raum noch häufig vorkommt –, bleiben notwendige Organisationsentwicklung und Menschenentwicklung auf der Strecke oder kommen nur mühsam voran. Entscheidend sind jedoch nicht die Strukturen oder Erkenntnisse, sondern immer die Menschen, die auch **gute Strukturen mit Leben** füllen und glaubwürdig umsetzen müssen. Und die Leitung trägt immer eine besondere (Gesamt-) Verantwortung.

Auf der Fahrt über das Meer sind **kirchliche Generalisten mit fachlicher Qualifikation** notwendig. Nicht ihre Herkunft oder ihr Beruf ist entscheidend, wohl aber ihre umfassende Kompetenz:

- Kenntnisse über das (kirchliche) Krankenhauswesen und über die gesundheitspolitischen Bedingungen des Meeres. Ohne dieses krankenhausspezifische Grund- und Fachwissen, ohne das Wissen um Zusammenhänge und Folgen, aber auch ohne Kenntnisse über kirchliche Strukturen und Selbstverständnisse sind Oberflächlichkeiten,

Hilflosigkeiten und Abhängigkeiten von der eigenen Subjektivität und von sogenannten Fachleuten vorprogrammiert.

- Die persönliche Vision eines geistlichen Ankers. Wer sich nicht mit seinem Auftrag persönlich identifizieren kann, kann andere nur schwer argumentativ und glaubwürdig überzeugen. Wer jedoch die Sehnsucht nach dem Meer der Got-



Burkhard Budde:
Kirchliche Krankenhäuser müssen ein eigenes, unverwechselbares Profil entwickeln.

tesliebe und Nächstenliebe in sich selbst verspürt oder sogar gewiß ist, kann eher anderen bei der Sinnsuche und Sinngebung im Blick auf die Dienstleistung von Menschen für Menschen auf der Grundlage des christlichen Gottes- und Menschenbildes helfen.

- Die befreiende Norm eines ethischen Kompasses. Wer andere, insbesondere Mitarbeiter zu bewussten und begründbaren Entscheidungen motivieren will, darf selbst nicht ins Schwimmen geraten, sondern muß an der Schnittstelle von Ökonomie – Medizin – Recht – Ethik das Gespräch führen können. Worin besteht die Bedeutung der Einheit von Sachgerechtem und Normativem? Was ist das „Lebensdienliche“? Der Kompass der ethischen Maßstäbe

und Führungsgrundsätze wie gegenseitige Achtung und Fairness helfen, einen gemeinsamen Weg durch das Meer der Probleme im Alltag zu finden.

- Die kirchliche Strategie einer krankenhaupolitischen Seekarte. Ein Kapitän muß wissen, wohin die Reise langfristig (nicht) gehen soll. Soll das Krankenhaus wie ein „Schiff ohne Seelen“ – organzentriert und anonym – ausgebaut werden? Hat ein „Tante-Emma-Schiff“, das den Fortschritt verschläft, das ökonomische Verhalten mißachtet und alles beim Alten läßt, eine Zukunft? Oder ist eine „Integrierte Gesundheitsversorgung“, eine „humane Netzleitstelle“, das strategische Ziel des kirchlichen Schiffes? Auch in diesem Zusammenhang gibt es keine Patentrezepte, wohl aber die Notwendigkeit eines ganzheitlichen vernetzten Nach-, Vor- und Mitdenkens aller über den wünschbaren, finanzierbaren und begehbaren Weg zum gemeinsamen Ziel.
- Die erfolgreiche Durchsetzungskraft eines glaubwürdigen Motors. Ein Kapitän, der die Rahmenbedingungen, Spielregeln, Ziele und die Selbstorganisation des Dienstes auf dem Schiff gestalten will, wird als ein „Motor“ mit gutem Beispiel vorangehen. Er muß kein Mediziner, kein Pfleger, kein Jurist, kein Betriebswirt, kein Kaufmann oder Theologe sein, aber er muß erfolgreich Segel setzen können, d.h. qualifizierte Fachleute finden, motivieren und einbinden können, das Schiff erfolgreich, d.h. im Blick auf das gemeinsame Ziel hin steuern.

Dialog- und Verantwortungskultur

Die **Mannschaft** muss qualifiziert, kompetent und kirchlich eingestellt sein. Gebraucht werden in einem kirchlichen Krankenhaus Mitarbeiter, die sich als Teil einer kirchlichen **Dienstleistungs- und Lerngemeinschaft auf Zeit** verstehen. Das bedeutet weg von einer hierarchischen Macht- und Interessenkultur hin zu einer offenen Dialog- und Verantwortungskultur, die im Rahmen von

Teamarbeit eindeutig auf ganzheitliche Hilfen für den kranken Menschen ausgerichtet ist. Das Team, das durch Synergieeffekte mehr als die Summe der einzelnen Mitglieder ausmacht, arbeitet unter der Verantwortung eines Leiters (einer Leiterin) in konstruktiver Weise aufgaben-, ziel- und prozesskonzentriert.

grit, Gesetzes- und Grundsatztreue, ohne ein berufliches Ethos, ohne einen Vorschuss an Grundvertrauen, Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Lernbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein, kann eine Zusammenarbeit nicht gelingen. Wer darüber hinaus nie gelernt hat, mit seinen eigenen Bedürfnissen, Belastungen und Widersprüchen konstruktiv

„Kirchliches Schiff“ als Markenzeichen

Die Trägerzugehörigkeit eines Krankenhauses ist keine belanglose oder bedeutungslose Frage. Der Träger ist auch mehr als „nur“ „Geldlieferant“ oder „Arbeitgeber“. Das „Kirchliche“ am und im Krankenhaus stellt keine christliche Zutat dar, sondern ermöglicht die besondere Tat, die Strukturen, die Organisation, die Dienstleistungen, den Geist und die Politik des Hauses zu prägen und zu gestalten.

Nach dem Verfassungsrecht (GG Artikel 140, Artikel 4 und Artikel 14) haben Kirchliche Krankenhäuser als „Teil der Kirchen“ ein Selbstbestimmungsrecht, eine Organisationshoheit und eine unternehmerische Entscheidungskompetenz – natürlich innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze. Zur Freiheit der Religionsausübung gehören nicht nur kultische Handlungen wie Gottesdienste und Andachten, sondern auch die Gestaltung einer eigenständigen kirchlichen Qualität, zum Beispiel im Blick auf Leitungs-, Organisations- und Mitarbeiterfragen. Es geht also grundsätzlich nicht nur um die Frage einer möglichen christlichen Motivation der Mannschaft einschließlich der Führung, sondern auch um die Fragen nach den Strukturen, Konzepten, um das Management und eine Unternehmenspolitik im kirchlichen Sinn.

Wer auf diese rechtlichen Möglichkeiten ohne Not verzichtet, paßt sich an, verweltlicht sich selbst und wird auf Dauer zu einer austauschbaren und verwechselbaren „Kopie“ anderer bekannter Schiffe. Wer die (rechtliche) Chance jedoch nutzt und ein Schiff als kirchliches Schiff mit kirchlicher Führung und einer kirchlichen Mannschaft bewusst und gezielt anstrebt, gewinnt auf dem Meer des Gesundheitswesens ein sichtbares und zugleich erfahrbares Markenzeichen. ■

Anm.:

Burkhard Budde ist Direktor und Vorstandsvorsitzender des Marienstiftes in Braunschweig, zu dem u.a. ein Krankenhaus, ein Altenpflegeheim, Ausbildungsstätten, Wohnungen, ein Diakonissenmutterhaus und eine Kirche gehören.

3. Berliner Theologisches Gespräch

Dienstag, 26.9.00, 19 Uhr:

„Dem Menschen zugewandt –
Welche Zukunft hat die Diakonie?“

mit Pfarrer **Jürgen Gohde**,
Präsident des Diakonischen Werkes, Stuttgart
Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Kirchsaal
Ziegelstr. 30, Berlin-Mitte
Infos unter: **0228/544-305**

Für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Mannschaft (Ärzte, Schwestern, „nichtärztliches Personal“, einschließlich des Kapitäns bzw. der Geschäftsführung) –, die keine Würdenträger, Bedenkenträger, sondern Leistungsträger sein sollen, gelten als „**Schlüsselqualifikationen**“ bzw. als Anforderungsprofil:

- Die **fachliche** Kompetenz. Eine (noch so) „fromme Frau“, die sich um die Stelle einer Sekretärin bewirbt, aber keine Schreibmaschine bedienen kann, erfüllt nicht die Voraussetzung für die gewünschte Dienstleistung. Wenn die Fachlichkeit fehlt, sind Menschen überfordert, können andere Menschen gefährdet werden, und die Aufgabe selbst gerät in Misskredit.
- Die **soziale** Kompetenz. Topwissen und Topzeugnisse allein reichen nicht aus, um in der Mannschaft und mit der Mannschaft Erfolg zu haben. Der Machtsüchtige, der Geltungssüchtige, der Geldsüchtige, der Streitsüchtige, aber auch der Harmoniesüchtige zerstört nicht nur das Arbeitsklima, sondern auch die notwendige Zusammenarbeit.
- Die **personale** Kompetenz. Ohne persönliche geistige Anker, ohne Inte-

umzugehen, findet nur sehr schwer einen Weg zu seinem Mitmenschen.

- Die **kommunikative** Kompetenz. Der Königsweg des (Problemlösungs-) Gespräches mag noch so anstrengend sein. Aber zur grundsätzlichen Gesprächsbereitschaft, -fähigkeit und -möglichkeit, zur fachlichen Beratung, zum konstruktiven Streit um der Sache willen, zu versöhnlichen Konsensgesprächen mit Zielvereinbarungen gibt es in der Regel keine Alternative, in einer Dienstleistungsgemeinschaft zusammenzuarbeiten.
- Die **kirchliche** Kompetenz. Sie stellt keine zusätzliche und punktuelle Qualität dar – kein schmückendes Beiwerk –, sondern ist der „rote Faden“ aller anderen Kompetenzen, das „Vorzeichen vor der Klammer“, in der sich die anderen Kompetenzen befinden und von diesem Vorzeichen geprägt werden. Es ermöglicht den persönlichen „Kreuzblick“, d.h. in jedem Mitmenschen immer zugleich auch den von Gott geliebten Nächsten zu sehen oder wenigstens hinter jedem Teilaspekt eines Menschen den ganzen Menschen in seiner Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit zu suchen.

Von der Bedeutung des Ehrenamtes

Gerd Stockmann

„Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst.“ Diese Aussage Jesu an die Schriftgelehrten sollte nicht nur Christen leiten, in unserer Gesellschaft dem Gemeinwohl zu dienen. Es ist höchste Zeit, dass wir uns etwas intensiver mit der Ehrenamts-thematik auseinandersetzen, wenn unsere Gesellschaftsordnung auch weiterhin Bestand haben soll.

In einer Zeit des Egoismus, Individualismus und Materialismus bietet es sich geradezu an, mit dem eingangs erwähnten Liebesgebot als ethische Grundlage und Legitimation den Negativtendenzen persönlich entgegenzuwirken. Hierzu gibt es die unterschiedlichsten Möglichkeiten der Betätigung des ehrenamtlichen Dienens in Vereinen, Verbänden, Parteien und Kirchen. Neben allen gesellschaftlichen Schichten wäre es schön, wenn sich besonders die etwas privilegierteren Mitbürger zur ehrenamtlichen Tätigkeit aufgerufen fühlten; schließlich haben sie eine gewisse Bringschuld für die Gesellschaft, die ihnen trotz Unbilden hier und da dennoch etwas mehr – also über den normalen Bedarf hinaus – ermöglicht. Ausreden bzw. Einwände, dass man doch zu wenig Zeit habe, müssen in Bezug auf das ehrenamtliche Engagement sehr hinterfragt werden. So sollten wir uns schon von der Devise leiten lassen: „Was kann ich persönlich in meinem Interessenbereich Gutes tun?“ und nicht umgekehrt mit Ansprüchen aufwarten.

Gesellschaftlicher Bedarf

Einmal abgesehen von der ethischen Betrachtungsweise ist selbst aus materiellen Gründen der ehrenamtliche Einsatz für unsere Gesellschaft unabdingbar. Wie sollten jährlich weit über 130 Milliarden DM über die öffentlichen Haushalte zusätzlich finanziert werden? Ganz zu schweigen von der unbezahlbaren „per-

sönlichen Nähe“ bzw. dem „freiwilligen Engagement“ der ehrenamtlich Tätigen! Folgt man nun weiter Thesen aus der „Globalisierungslehre“, die uns eine „20 zu 80“-Gesellschaft prophezeit, d.h. nur 20% der Menschheit werden sich künftig auf der Sonnenseite der Arbeits- bzw. Einkommensverhältnisse befinden, dann kann man sich unschwer ausmalen, welche Bedeutung das ehrenamtliche Engagement bekommen wird. Und dabei steht eines fest: der Staat allein wird nicht in der Lage sein, den sozialen Anforderungen gerecht zu werden. Unsere Gesellschaft ist ohne ehrenamtliche Arbeit nicht freiheitlich demokratisch zu führen, und unsere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit wären nicht praktikierbar.

Gesellschafts- und sozialpolitisches Wirken

Gemeinnützige Vereine wirken durch ehrenamtlichen Einsatz sowohl materiell als auch ideell zum Wohle der Gesellschaft und des Staates. Der Staat wäre nicht in der Lage, diese präventive soziale Vorsorge zu leisten, geschweige denn, die im Negativfall zu erbringende Nachsorge finanziell zu bewältigen. Damit übernehmen die gemeinnützigen Vereine auch eine staatstragende Verantwortung, die sich durch Leiten, Lenken, Führen, Ausbilden und Begleiten auszeichnet. Der **gemeinnützige Verein** ist doch in der heutigen Zeit, neben dem Elternhaus und der Schule, der wesentliche **Garant, unseren sozialen Rechtsstaat zu gestalten**. Allein diese Tatsache sollte die verantwortlichen Politiker endlich wach werden lassen, die notwendigen Prioritäten zugunsten der ehrenamtlichen Arbeit zu setzen.

Neben der Nächstenliebe ist bei realistischer Betrachtungsweise die Ehre und damit **Anerkennung** in unserer Gesellschaft schon ein wesentlicher **Faktor für die Bereitschaft** zur ehrenamtlichen Ar-

beit. Das heißt im konkreten, dass die Gesellschaft sich verstärkt damit auseinandersetzen muss, dass derjenige, der ehrenamtlich arbeitet auch entsprechend geehrt werden muss, und zwar bereits in gewissem Umfang schon während seiner aktiven Zeit.

Wir müssen weiter davon ausgehen, dass die Zeit es lehrt, dass unsere „Werte“ allein die ehrenamtliche Motivation auf Dauer nicht stützen können. So möchte ich sehr wohl dafür plädieren, den ehrenamtlich Tätigen ein wenig materielle Anerkennung zuzubilligen. Es werden ja immer wieder von verschiedenen Seiten Vorschläge gemacht, jedoch leider ohne Ergebnis. Zusammengefasst erscheinen mir u.a. folgende Möglichkeiten für sinnvoll: analoge Anwendung der Vergütungsregelung für ehrenamtlich tätige Politiker auf alle Ehrenamtsbereiche; jedoch lediglich mit der Maßgabe der steuerlichen Absetzbarkeit, Anrechnung von ehrenamtlichen Arbeitszeiten für Rentenansprüche, mehr Vorteilsregelungen für ehrenamtlich Tätige im Berufsalltag. Das „Know-How“ und das Wirken des Ehrenamtlichen kann von großem Vorteil für den Arbeitgeber sein, kostenlose Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel und kostenfreies Parken, Erlass des Eintritts in Museen, Ausstellungen und zu Kulturveranstaltungen (Vorteil nicht nur für das Ehrenamt!)

Veröffentlichungen bzw. schöne Reden von Politikern, wie wichtig das Ehrenamt und wie dankbar man den ehrenamtlich Tätigen sei, wirken ob der Realitäten im und für den Ehrenamtsbereich wie „blanker Populismus“ oder „heiße Atemluft“ auf die Menschen. Schließlich ist u.a. Realität, dass der Staat gemeinnützigen (ideellen) Vereinen, die im nicht kommerziellen Bereich beheimatet sind, wirtschaftlich viel zu enge Grenzen setzt. Wenn der Staat gemeinnützige (ideelle) Vereine zu wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben deklarieren will, dann sollte er auch die ehrenamtliche Arbeit analog voll und ganz bezahlen! Ansonsten nimmt das staatliche Verhalten gegenüber den Ehrenamtlichen „ausbeuterische“ Züge an. ■

Anm.:

Gerd Stockmann ist Kirchenoberverwaltungsrat i.R.



Gottfried Scholz: Bachs Passionen. Ein musikalischer Werkführer.
C.H. Beck Verlag, München 2000. ISBN 3-406-43305-7

Bachs Matthäus- und Johannes-Passion sind die bedeutendsten Repräsentanten ihrer Gattung – ihre Aufführungen verfehlen bis auf den heutigen Tag nicht ihre Wirkung auf die Besucher. Gottfried Scholz beschreibt die Entwicklung der Passionsmusik bis J.S. Bach, erläutert die Entstehungsgeschichte seiner Passionen und skizziert ihre spätere Rezeption. Anhand zahlreicher Beispiele erklärt er in einer auch für Laien gut verständlichen Weise ihre textlichen und musikalischen Besonderheiten.

Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik: Stasi im Westen. Propyläen Verlag, Berlin 1999, ISBN 3 549 05589 7

Muss die Geschichte der alten Bundesrepublik neu geschrieben werden? Gestützt auf die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit stellt der Berliner Historiker Hubertus Knabe (Jahrgang 1959), Mitarbeiter der Gauck-Behörde, erstmals umfassend dar, wie das

DDR-Regime die Nervenzentren der westdeutschen Gesellschaft systematisch unterwandert hat. Ein beklemmendes, nach wie vor brisantes Kapitel unserer jüngsten Vergangenheit.

Uwe Birnstein: Wenn Gottes Wort zur Waffe wird: Fundamentalismus in christlichen Gruppierungen. Gütersloher Verlags-Haus, Gütersloh 1999, 144 Seiten, kartoniert, GTB 1138. ISBN 3-579-01138-3.

„Jeder Christ ist Fundamentalist“, antworten konservative Evangelikale oder Charismatiker gerne, wenn sie das Etikett Fundamentalismus verpasst bekommen. Meist haben sie mit dieser Retourkutsche unrecht. Denn wer sie in diese Schublade steckt, meint die populäre Bedeutung des Begriffes – also: Dogmatismus, Engstirnigkeit, Moralismus, Absolutheitsanspruch und meist Aggressionspotential. Möglichkeiten gäbe es, den Begriff Fundamentalismus durch Ausweitung oder Umdefinition zu rehabilitieren.

In gewisser Weise jedoch haben die sich rechtfertigenden Evangelikalen trotzdem recht: An sich müsste jeder Christ Fundamentalist sein – in dem Sinne, dass er sein Leben auf Grundprinzipien aufbaut. Im Leben eines Christen wären das die Bibel, die jeweils eigene kirchliche Tradition und der Glaube.

Anders als die in diesem Buch vorgestellten Fundamentalisten haben die liberalen Christen jedoch andere Fundamente aus der Bibel abgeleitet. Ihr Prinzip besteht nicht im Buchstabenglauben, sondern – zum Beispiel – in der Freiheit. Dass die Früchte des Glaubens nie Intoleranz, Un-

friede, Ausgrenzung und Richtgeist sind, ist ihre Überzeugung. Statt unbarmherzig mit aus der Bibel herausgefilterten Moralvorschriften zu hantieren, gilt ihnen Barmherzigkeit und Menschenliebe mehr. Sie funktionieren die Bibel nicht zum Schwert um, sondern schmieden, wie der Prophet Micha es fordert, die Schwerter zu Pflugscharen um.“

(Auszug)

Gerhard Besier/ Arnim Boyens/ Gerhard Lindemann: Nationaler Protestantismus und Ökumenische Bewegung, Kirchliches Handeln im Kalten Krieg (1945 - 1990), 1074 Seiten, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1999 ISBN 3-428-10032-8

Die Zeit zwischen 1945 und 1989 ist bestimmt durch verschiedene Phasen des „Kalten Krieges“. Der Ost-West-Konflikt nahm Einfluss auf alle gesellschaftlichen Subkulturen, auch auf die Kirchen. Andererseits bemühten sich die christlichen Kirchen in dem genannten Zeitraum um eine stärkere Einigung der Christenheit über die nationalen Grenzen und den „Eisernen Vorhang“ hinweg. Die beiden einflussreichsten internationalen Kirchenorganisationen waren der Ökumenische Rat der Kirchen in Genf (ÖRK) und die Prager Christliche Friedenskonferenz (CFK). Der ÖRK wäre ohne das ökumenische und finanzielle Engagement des liberalen National Council of the Churches of Christ in America (NCC) und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) nicht denkbar gewesen. Die Prager Christliche Friedenskonferenz wurde von der Sowjetunion und weiteren Ostblocksta-

ten finanziell unterstützt und ideologisch beeinflusst.

Das Buch beschreibt den allmählichen Wandel der Kräfteverhältnisse in der ökumenischen Bewegung. Während die USA aufgrund ihrer wirtschaftlichen und ethischen Überlegenheit dem ÖRK in den 50er Jahren politisch näher standen (z. B. im Korea-Krieg), konnte in den 60er Jahren die UdSSR mit Hilfe der Russisch-Orthodoxen Kirche und der Christlichen Friedenskonferenz das Blatt nach und nach zu ihren Gunsten wenden. Nicht der Afghanistan-Krieg, sondern erst der ökonomische und politische Zusammenbruch des Ostblocks führte zu einer Entzauberung des „Communitic Gospel“ und leitete eine schwere Krise des Ökumenischen Rates der Kirchen ein, die 1998 bei der ÖRK-Vollversammlung in Harare ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Konrad Exner-Seemann: 50 Jahre Grundgesetz: Vorläufer des Grundgesetzes, Abgeordnete des badischen Landtages. G. Braun-Buchverlag, Karlsruhe 1999. ISBN 3-7650-8229-5

Ein halbes Jahrhundert Grundgesetz, – ein halbes Jahrhundert Bundesrepublik Deutschland. Diese 50 Jahre bescherten den Deutschen politische Stabilität nebst persönlicher Freiheit, und in diesem Zeitraum ist das Grundgesetz auch oft geändert worden. Über das Grundgesetz 1949 und seine Änderungen informiert dieses Buch, und es stellt Verbindungen her zu badischen Vorkämpfern einer demokratischen Verfassung.

■ Schwangerschaftskonfliktberatung – wohin?

Paderborn. Unter diesem Titel veranstalteten der EAK und die FU Paderborn gemeinsam eine Podiumsdiskussion. Dieses Thema ist vor Ort besonders aktuell, da sich die katholische Kirche im Erzbistum Paderborn am 1. Januar aus der Konfliktberatung zurückgezogen hat.

Für das Podium konnte mit **Ilse Falk**, MdB, **Regina van Dinther**, MdL, Superintendent **Christoph Berthold**, **Dr. Brigitte Hunstig-Inkmann** (Frauenärztin und Mitglied im Verein Donum Vitae), **Thomas Dornseifer** (Diözesanpräses der kath. Frauen im Erzbistum) und Rechtsanwalt **Dr. Klaus Schröder** eine hochkarätige Besetzung gewonnen werden.

Neben ideologischen und rechtlichen Gesichtspunkten wurden vor allen Dingen die fatalen Konsequenzen kritisiert: Die Amtskirche erreiche im Ergebnis die betroffenen Frauen nicht mehr. Auf dem Podium herrschte weitgehende Einigkeit. Auch Diözesanfrauenseelsorger Dornseifer machte aus seiner inneren Zerrissenheit keinen Hehl.

In seinem Schlusswort bedankte sich der EAK-Kreisvorsitzende **Wilhelm Beckmann** für die sachliche und sehr verantwortungsbewusst geführte Diskussion. Das schwierige Thema der Schwangerschaftskonfliktberatung könne nur in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens zu einer für alle Beteiligten zufriedenstellenden Lösung geführt werden. Oberstes Ziel müsse die Hilfe für die betroffenen Frauen für das ungebohrne Leben sein.

■ Ausstellungsbesuch

Überlingen. Der EAK im Bodenseekreis unter Leitung von **Klaus-R. Latk** traf sich kürzlich in der Wanderausstellung „Das Fanal von Zeit“, ausgerichtet vom Museum der Stadt Zeit und dem Brüsewitz-Zentrum in Uhlindingen-Mühlhofen. Die Ausstellung berichtet – vorwiegend aus Stasi-Akten – vom Widerstand des Pfarrers Oskar Brüsewitz gegen die kommunistische Diktatur in der DDR. Dieser Widerstand, der 1976 mit der Selbstverbrennung tragisch endete, war ausgerichtet gegen die Verdrängung der christlichen Werteordnung aus der Gesellschaft.

■ Peter Hintze zu Gast beim EAK

Siegen. Das Verhältnis von Kirche und Staat war das Thema, zu dem der EAK Siegen-Wittgenstein den früheren EAK-Bundesvorsitzenden **Peter Hintze**, MdB, zu einem Gespräch eingeladen hatte. Unter der Diskussionsleitung des EAK-Kreisvorsitzenden und CDU-Landtagskandidaten **Rüdiger Heupel** plädierte der ehemalige CDU-Gesellschaftssekretär für eine positive Ausgestaltung des Verhältnisses von Kirche und Staat.

Peter Hintze benannte ein breites Spektrum von Aufgaben der Kirche in unserer Gesellschaft. „Wertebildend einzumischen habe sich die Kirche in einer Zeit, wo vieles im Umbruch begriffen ist“, so Hintze. Drängende gesellschaftspolitische Themen von Staat und Kirche seien u.a. die Medienpolitik in der Informationsgesellschaft und die moderne Gentechnologie mit ihren Chancen und Risiken.

■ Christsein ohne Kirche – aber ist ohne Kirche Staat zu machen?

Frankfurt. Dieser Frage hat sich **Dr. Michael Ebertz**, Professor für Religionssoziologie und Sozialpolitik an der Katholischen Fachhochschule in Freiburg im Rahmen der 6. Frankfurter Disputation des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Hessen gestellt. Die Mehrheit der Bevölkerung ist der Ansicht, dass Glaube auch ohne Kirche möglich sei. Ebertz sieht eine große Kluft zwischen der Religiosität der Menschen, die nach wie vor sehr groß sei, und der Religiosität der Kirche. Obwohl die Kirchen in Westdeutschland über hohe Mitgliedszahlen verfügten, seien immer weniger Menschen bereit, ihr Leben nach den Lehren der Kirche auszurichten. Dadurch aber, dass ihre Dogmen an Bedeutung verlören, verkomme sie zum reinen Dienstleister: Kirchliche Kindergärten und Altenpflege seien nach wie vor gefragt,

der Glaube werde aber zunehmend zur Privatsache.

■ Kirche und Staat – Eid und Frieden

Ulm. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Wie viel Kirche braucht der Staat?“ hatte der EAK-Ulm unter Leitung von **Siegfried Wunderlich** Pfarrer **Volker Metelmann** zum Thema „Kirche und Staat – Eid und Frieden“ eingeladen.

Metelmann führte aus, dass nach 50 Jahren Bestehen der Bundesrepublik Deutschland und 10 Jahre nach der deutschen Einheit die Existenz der Kirchen, die Evangelische und die Römisch-katholische Kirche mit ihren staatlich garantierten Rechten, als eine gesellschaftstragende Notwendigkeit für den Staat gegenwärtig auf dem Prüfstand stehe.

Volker Metelmann: „Mehrere Indizien sprechen dafür:

- Die Zahl der Kirchenmitglieder nimmt kontinuierlich ab. Namentlich in den „neuen“ Bundesländern vertreten die Kirchen nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung,



Professor Michael Ebertz (rechts) im Gespräch mit der hessischen Kultusministerin Karin Wolff und dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im hessischen Landtag Norbert Kartmann.

sondern nur mehr eine Minderheit, in den Ballungszentren von ca. 15 % der Bevölkerung,

- die anhaltende Diskussion unter Politikern, namentlich unter den Grünen und innerhalb der FDP und der SPD, über eine klare Trennung von Staat und Kirche,

- die Entscheidung des Bundesgerichtshofes, der Klage eines Vaters nachzugeben, aus dem Klassenzimmer, in dem seine Tochter unterrichtet wird unter Hinweis auf seine Areligiösität, das Kreuz zu entfernen, wenngleich sich 28 Elternpaare derselben Klasse entgegengesetzt ausgesprochen haben,

- die Tatsache, dass bei der Vereidigung der im September 1998 neu gewählten Regierung nur 50 % der Minister und Ministerinnen ihren Amtseid auf die Verfassung mit dem gebetsmäßigen Vorbehalt „mit Gottes Hilfe“ oder „so wahr mir Gott helfe“ schlossen,

- die anhaltende Diskussion, den Beginn der Präambel des Grundgesetzes „In Verantwortung vor Gott...“ unter Hinweis auf die staatliche Religionsneutralität ersatzlos zu streichen.“

(Den gesamten Vortrag können Sie bei der EAK-Bundesgeschäftsstelle unter Tel.: 02287544-302 oder Fax: 0228/544-586 bestellen).

■ Treffen des EAK der CSU mit der evangelischen Kirchenleitung

München. Unter der Leitung von Landesbischof **Dr. Johannes Friedrich** und dem stellvertretenden Vorsitzenden des EAK der CSU, **Harald Häbler**, trafen sich Mitglie-



von rechts:

Dr. G. Beckstein, Dr. J. Friedrich und Harald Häbler

der des EAK der CSU und Repräsentanten der bayrischen Kirchenleitung zu einem Gedankenaustausch über die Themen Asylpolitik, Förderung regenerativer Energien und Auswirkungen der Steuerreform.

Landesbischof Friedrich stellte als gemeinsames Anliegen von Staatsregierung und Landeskirche heraus, die bayerischen Kirchenasyle zu beenden. Innenminister **Dr. Günther Beckstein** trat für eine gemeinsame europäische Regelung ein, die der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechen müsse. Kein anderer Mitgliedstaat der Europäischen Union eröffne seinen Asylbewerbern nach einer Ablehnung des Asylantrages, derart umfangreich Rechtsmittel einzulegen, wie es die deutsche Gesetzgebung erlaube, so der Minister.

EAK und Kirchenleitung waren sich einig, dass die Förderung regenerativer Energien nicht nur eine Frage der Ordnungspolitik sei. Vielmehr gehe es darum, neben den staatlichen Förderinstrumenten für die regenerative Energiegewinnung Herz und Verstand

der bayrischen Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. Oberkirchenrat **Dr. Claus Meier**, seit 1995 Finanzreferent der Landeskirche und Mitglied des Landeskirchenrates, berichtete, dass nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums aufgrund der Steuerreform die Kirchen in Deutschland 2001 im Durchschnitt von Mindereinnahmen i.H. von 15,5 % bei der Kirchensteuer ausgehen müssen.

■ Verhältnis zwischen Christen und Juden

Schwerte. Die Evangelische Kirche von Westfalen entdeckt ihre bleibende Verbundenheit mit den Juden. Dies betonte Pfarrer **Günter Birkmann** vor dem EAK-Schwerte.

Die Westfälische Landeskirche hat auf ihrer Synode im Herbst des vergangenen Jahres einen wegweisenden Beschluss gefasst. Sie nimmt endgültig Abschied von der Vorstellung, die Juden seien von Gott verworfen, und

erklärt, dass Christen und Juden an den selben Gott glauben.

Birkmann ging auf das Problem der Judenmission ein. Der Dialog zwischen Christen und Juden, der in den letzten Jahren in Gang gekommen sei, werde aufs höchste gefährdet, wenn vor allem evangelikale Kreise weiterhin daran festhielten, Juden zu missionieren.

■ Diskussion um Sonntagsschutz

Schorndorf. Der EAK und die Mittelstandsvereinigung der CDU im Rems-Murr-Kreis haben Geschäftsleute aus der Umgebung zu einem offenen Forumsgespräch zum Thema Sonntagsschutz eingeladen. Die neue Initiative von Ministerpräsident Teufel und Minister Döring hat den Druck auf mehr verkaufsoffene Sonntage durch eine Freigabe der Ladenschlusszeiten von Montag bis Samstag auf 24 Stunden pro Tag abzufangen versucht, was aber von den Teilnehmern des Forums kritisch gesehen wurde, weil damit die bisherigen Ladenschlussbestimmungen für alle Werktage praktisch völlig aufgehoben wurden. Jeder kann an jedem Werktag 24 Stunden öffnen. „Dies geht an die Substanz der kleinen und mittelständischen Betriebe“, so MdL **Hans Heinz**, Winterbach.

Kirchenrat Pfeiffer, Beauftragter der Landeskirchen in Baden-Württemberg bei Landtag und Landesregierung, wehrt sich gegen die Kommerzialisierung des Sonntags. Der Sonntag muss wieder mit christlichem Leben gefüllt werden und dazu gehört auch eine christliche

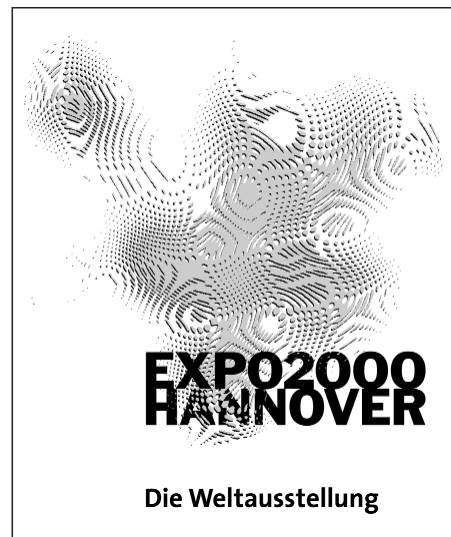
Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 544-305/6 · Fax 544-586 · E-mail: eak@cdu.de. **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet · Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion!

Die Höhepunkte auf der Weltausstellung Kirche EXPOniert sich

Am 1. Juni 2000 öffnen sich zum ersten Mal in Deutschland die Tore einer Weltausstellung. Bis zum 31. Oktober ist die EXPO 2000 in Hannover über 153 Tage ein Fest der Weltgemeinschaft. Mehr als 190 Länder der Welt, große internationale Organisationen und andere Partner werden sich mit eigenen Projekten und Pavillons beteiligen. An der Wende des 3. Jahrtausends hat sich die EXPO unter das Thema „Mensch – Natur – Technik“ gestellt. Dieses Thema ist eine Herausforderung für alle Teilnehmer. Wie wird sich das Verhältnis zwischen

Mensch, Natur und Technik in Zukunft gestalten? Für die Kirchen ist die Beteiligung an der Weltausstellung vor allem deswegen eine große Herausforderung, weil sie im Jahr 2000 stattfindet. Dieses Jahr übt für viele Menschen eine besondere Faszination aus. Im Christus-Pavillon auf dem Ausstellungsgelände erinnern sich die christlichen Konfessionen ihres gemeinsamen Ursprungs. Seine Besucher können den Reichtum der christlichen Traditionen, ihre unterschiedlichen Farben, Sprachen und Ausdrucksweisen erleben. Die Kirchen



beteiligen sich an der Weltausstellung, um deutlich zu machen, dass es Gottes Auftrag ist, die Schöpfung mitzugestalten.

Höhepunkte des kirchlichen Programms auf der Weltausstellung EXPO

01.06.2000, 10 Uhr, Christus-Pavillon an der EXPO-Plaza: Himmelfahrtsgottesdienst zur Eröffnung der Weltausstellung mit Landesbischöfin **Dr. Margot Käßmann** und **Dr. Josef Homeyer**, der Hamburger Rock- und Soulsängerin **Inga Rumpf** und vielen anderen Mitwirkenden (Live-Übertragung im ARD).

11.06.2000, EXPO-Plaza: Tag der Christlichen Kirchen – Pfingsten 2000 auf der EXPO. Ab 14 Uhr Pfingstfest auf der Plaza mit großem Gospelchor, Bläsern und Prominenten. Ab 18 Uhr Feier mit dem südafrikanischen Bischof und Friedensnobelpreisträger **Desmond Tutu** und zahlreichen kirchlichen Repräsentanten aus aller Welt.

12.09.2000, Arena an der EXPO-Plaza: Tag der Weltreligionen. Vormittags Gespräche zwischen Repräsentanten der Weltreligionen, nachmittags großes interreligiöses Fest.

20.09. (und 21.09.) 2000, 20 Uhr, Christus-Pavillon an der EXPO-Plaza: „Zukunft – auch für uns“ – Straßen-Kindertheater zum Welt-Weltkindertag. Welturaufführung eines Stücks, das Straßenkinder-Theatergruppen aus verschiedenen Teilen der Welt gemeinsam erarbeitet haben. Es geht um Träume, Hoffnung, Lösungen, Zukunftsperspektiven aus der Sicht von Straßenkindern.

Unsere Autoren:

Prof. Robert Leicht
Evangelische Akademie
zu Berlin
Charlottenstr. 53/54
10117 Berlin

Dr. Susanna Schmidt
Katholische Akademie
in Berlin
Hannoversche Str. 5
10115 Berlin

Gunnar Uldall, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Landtagspräsidentin
Christine Lieberknecht, MdL
Arnstädter Str. 73
99096 Erfurt

Pfarrer Burkhard Budde
Helmstedter Straße 35
38102 Braunschweig

Gerd Stockmann
Rissener Weg 1
25482 Appen-Etz